



der Landwirtschaft bringt, größer als der Nutzen ist, so würden die verbündeten Regierungen auch nicht antworten, ihn ganz zu verbieten. Aber in das Gesetz können wir das absolute Verbot nicht aufnehmen und deshalb bitte ich Sie, den Antrag Schwarze abzulehnen.

Hierauf verlegt sich das Haus.  
Der Präsident theilt mit, daß von dem Abg. Auer eine Interpellation betreffend die Verhaftung des Abg. Buech eingegangen ist.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung und Interpellation Auer.)  
Schluß 5<sup>1/2</sup> Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhause.

61. Sitzung vom 30. April, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist eine Einladung der österreichisch-ungarischen Regierung durch Vermittlung von deren Botschaft zum Besuch der Millenniums-Ausstellung in Budapest.

Vizepräsident Frhr. v. Heereman erhält die Ermächtigung, den Dank des Hauses auszusprechen.

Zunächst werden ohne Debatte in dritter Lesung erledigt der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts bestehenden Vorschriften über die Anknüpfung von Geheimnissen, und der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes betr. die Pfand- und Anstalten zu Kassel, Fulda und Hanau vom 10. April 1872, und der Gesetzentwurf zur Abänderung der Gesetze, die Landeskreditkassen zu Kassel betreffend.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes vom 31. Juli 1895, betr. die Errichtung einer Kreditanstalt zur Förderung des landwirtschaftlichen Personalkredits.

Abg. Knebel (nall.) bekämpft die Vorlage und glaubt, dem Kreditbedürfnisse könne besser auf anderem Wege abgeholfen werden, als durch Vermehrung des Grundkapitals. Die Zinsberechnungen seien im Vergleich zum herrschenden Zinsfuß zu niedrig. Auch Schulze-Delitzsch und Kasseisen hätten die Genossenschaften auf natürlichem Wege unterstützt, aber nichts künstliches schaffen wollen. Ferner bitte, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Gehelmer Oberfinanzrath Savenstein erklärt, man habe es für richtig gehalten, die Bildung von Genossenschaften durch Förderung des billigen Personalkredits zu unterstützen. Ob dieser Grundsatz auf die Dauer befolgt werden könne, lasse sich noch nicht übersehen.

Abg. v. Mendel Steinfels (kons.) weist nach, in welchem Maße die landwirtschaftlichen Genossenschaftskassen im Vergleich zu den Schulze-Delitzsch'schen Kassen gewachsen seien. Auf dem Genossenschaftstage in Augsburg seien die landwirtschaftlichen Kassen als Vorarbeiten bezeichnet worden. Nur ein weiser Rabe, Herr Polenz, habe in Augsburg die Delitzsch'schen Kassen gemacht, ihre Zinsverhältnisse würdiger zu gestalten. Diese seien für die Städte bestimmt. Nur wo die Landwirtschaft nicht potent gemessen sei, habe sie bei diesen Kassen Zuflucht gesucht. Aber man solle das Krebsbäll begraben. Die Kassen für die Landwirthe müßten auf ihr Kreditbedürfnis zugeschnitten werden. Beide Richtungen müßten sich vereint und gemeinsam arbeiten. In Augsburg habe man gesagt, 5 Millionen seien eine Lappalie. In Konsequenz davon habe man die Vergrößerung der Kasse verlangt und jetzt erhalten. Die Zentralgenossenschaftskasse werde durch strenge Kontrolle erleichtert und für die Selbsthilfe. Redner, dessen Partei wohlwollend der Vorlage gegenübersteht, beantragt die Verweisung derselben an die Budgetkommission.

Abg. v. Woyzna (freil.) vermisst in den Motiven die Spezialisierung bei den Einnahmen und Ausgaben der Zentralgenossenschaftskasse und wünscht zu wissen, ob ihr Verwalt. schon in Thätigkeit getreten ist. Man könne vielleicht ein neues Sparassengesetz machen und auf diese Weise die Spartassen an die Zentralgenossenschaftskasse anschließen.

Finanzminister Miquel entgegnet, der Centralauschuss sei bald nach der Eröffnung zusammengetreten und habe die Geschäftsbearbeitung begonnen. Eine wiederholte Berufung dieses Vertrags steht demnach bevor. Die Kasse habe nach den Wünschen vieler eine Aussichtsstelle für das gemeinsame Sparassengesetz in Preußen werden sollen. Doch habe man darauf zunächst nicht eingehen können, doch siehe man dem Gedanken nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Die Anlehnung der Spartassen könne nur mit Freuden begrüßt werden, doch sei dies nicht der Hauptzweck der Sache. Für die Spartassen sei es aber nicht erwünscht, wenn sie bankmäßig Anleihen machten, um das Geld wider auszuliehen. Doch könne man nichts dagegen haben, wenn sie gelegentlich in Lombardverkehr mit der Centralkasse träten. Redner sei vorsichtig erst mit einem Bein auf den Boden dieses Gesetzes getreten, doch sei der Erfolg desselben ein so überraschender gewesen, daß man jetzt nicht mehr so ängstlich zu sein brauche wie am Anfang. Man übersehe jetzt das Kapitalbedürfnis. Der Umschlag der Kasse berechne zu der jetzt gewählten Höhe des Kapitals von 20 Millionen. Man habe weder die eine noch die andere Art von Genossenschaft vorgezogen und werde auch mit den Delitzsch'schen Kassen Geschäfte machen, wenn sie dazu geneigt seien. Der Staat trete lediglich als Vermittler eines Bedürfnisses des Mittelstandes in Stadt und Land auf. Zu bebauern sei die langsamere Entwicklung von Handwerker-Genossenschaften, doch rege es sich jetzt in diesen Kreisen auch schon und es stehe zu hoffen, daß im nächsten Jahre bessere Erfolge zu verzeichnen sein werden. Redner begt die Zuvorkunft, daß die Vorlage hell aus der Kommission herauskommen werde.

Abg. Graw (Chr.) erklärt, seine politischen Freunde ständen dem Gesetzentwurf wohlwollend gegenüber. Mit 20 Millionen werde man keine großen Sprünge machen können, namentlich wenn man erst an den Bau von Krankenhäusern ginge.

Abg. Pleh (Chr.) steht in der Vertoppelung der Spartassen mit der Central-Genossenschaftskasse eine große Gefahr und bedauert die schwache Theilnahme der Handwerker an dieser Kasse. Sie gingen, wenn sie sich nicht zusammenschließen, auch an geistigem Kapital zurück.

Abg. Dr. Arendt (freil.) steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Die Kasse vererbe in ganz anderer Weise der Landwirtschaft entgegenzukommen, als die Reichsbank.

Abg. Gottheim (Zsl. Berg.) greift auf die Debatte über die Central-Genossenschaftskasse bei der Staatsberatung zurück und polemisiert gegen damals gefallene Aeußerungen des Abg. v. Mendel-Steinfels. Redner weist auf die legerschwere Wirkung der Delitzsch'schen Kassen hin, speziell auf den Vorläuferverein in Breslau mit seinem Umsatz von 16 Millionen, und warnt davor, mit der Central-Genossenschaftskasse uferlose Pläne zu unterstützen.

Abg. v. Buttner-Oblau (kons.) entgegnet dem Vorredner, von einer Verpaatung des Kapitals, wie dieser anzunehmen scheine, könne keine Rede sein, also auch nicht von uferlosen Plänen. Redner polemisiert gegen den Abg. Barfuss wegen eines Artikels in den „Blättern für Genossenschaftswesen“, worin dieser die frühere Debatte über die Central-Genossenschaftskasse und speziell den Redner triffend hat. Redner stehe bereits 10 Jahre in der Genossenschaftsbewegung.

Abg. Schenk (Freil. Wpt.) führt aus, die Forderungen würden sich immer mehr steigern, bis die Forderung selber einsehen werde, daß auf diesem Wege weder der Landwirtschaft noch dem Handwerk geboten werden könne. Redner erkennt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kassen freudig an, aber nicht den Unterschlag, den Abg. v. Mendel zwischen ihnen und den Delitzsch'schen Kassen gemacht habe. Auch Schulze-Delitzsch habe dies nicht gethan und deshalb hätten sich seine Genossenschaften so gut entwickelt. Die Kassen müßten auf Selbsthilfe gegründet sein und alle Staatshilfe zurückweisen, wie die Delitzsch'schen Kassen dies immer thäten. Wenn das Geld aus erster Hand auch mit 3 Proz. ohne Provision abgegeben würde von der Centralkasse, komme es doch den einzelnen Genossenschaftler auf 4 Prozent zu stehen. Eine ganze Anzahl der neugegründeten Genossenschaften sei nicht lebensfähig und werde bald wieder zu Grunde gehen. Redner geht des Weiteren an der Hand der Motive auf die Kornhäuser ein und weist auf die Gefahr hin, die darin liegt, daß die Kornhäuser durch unfähige Hände ihrem Zweck entfremdet, schließlich den Großkapitalisten anheimzufallen würden. Was jetzt geschaffen worden sei, sei nur der Landwirtschaft zu Gute gekommen. Die Handwerker in den Städten seien meist schon in Genossenschaften. Die Innungsbanken hätten keine Zukunft. (Abg. Frhr. v. Huene: Abwarten!)

Abg. v. Vogelberg (kons.) wirft dem Vorredner vor, die Sache vom grünen Tisch aus zu beurtheilen. Auf dem Lande entwickle sich das Genossenschaftswesen als eine gesunde Schöpfung. Die Delitzsch'schen Kassen befürchteten durch die neue Kasse eine Abnahme ihrer Mitglieder. (Abg. Schenk: Ach wo!) Man, dann mögen sie nicht unsere Kreise führen.

Abg. v. Synern (nl.) sieht das schnelle Wachstum des Kassenwesens mit Bedenken an. Die Kasse arbeite zu billig. Wenn der Staat 3<sup>1/2</sup> Proz. geben müsse, dürfe die Kasse nicht mit 3 Proz. arbeiten. Wenn nicht mehr Zinsen genommen werden, würde man schließlich 100 Millionen statt 20 verlangen.

Finanzminister Miquel erwidert, die Kasse solle keine Wohlthätigkeitsanstalt sein, habe aber bisher auch noch nicht als solche fungirt. Der Staat wolle keinen Gewinn ziehen, nur seine Kosten erlegt haben. Jetzt koste das Geld dem Staate nicht mehr als drei Proz. und deshalb sei es richtig, das Geld der Kasse mit 3 Proz. zu geben. Wenn sich der Geldmarkt ändern würde, wenn die Kasse selbst mehr zahlen müsse, werde sich auch der Zinsfuß ändern. Kleine Opfer müsse die Kasse bringen können in der Erwartung, diese bei billigerem Gelde wieder auszugleichen. Dadurch unterhalte sie sich von der Reichsbank mit ihren wechselnden Diskontofüßen. Bei der Wichtigkeit der Sache würde es übrigens nichts schaden, wenn der Staat einige finanzielle Opfer brähe. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien angenommen.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Antrag Kruse-Martens, betr. die Medizinalreform, Petitionen.)

Vizepräsident Frhr. v. Heereman theilt mit, daß am Dienstag das Richtergesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden wird.

Schluß 4 Uhr.

## Herrenhaus.

12. Sitzung vom 30. April 1 Uhr.

Seltens der ungarischen Regierung ist eine Einladung zur Theilnahme an der Millenniumsfester eingegangen.

Der Bericht der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens 1894/95 wird durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt.

Ohne wesentliche Debatte nimmt das Haus sodann den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung der Städteordnung für Westfalen und die Rheinprovinz in einmaltiger Schlußberatung an.

Es folgt die erste Lesung des Lehrerbefoldungsgesetzes. Oberbürgermeister Zwigert (Essen): Der Entwurf ist nicht mit der Sorgfalt ausgearbeitet, die wir sonst bei Gesetzesvorlagen gewohnt sind. Es finden sich zahlreiche irrthümliche Angaben in den Motiven; außer formellen Bedenken habe ich auch materielle; das eine bezieht sich auf die Alterszulagen. Ich fürchte, daß die Gemeinden an die Kassen mehr zu zahlen haben, als wenn sie selbst die Alterszulagen aus eigenen Mitteln zahlen. Wenn wir auf diesem Gebiet weiter gehen, so vertheilen wir schließlich auch die sächlichen Ausgaben in derselben Weise und kommen so allmählich zur Staatschule. Der Gesetzentwurf hat eine völlige Lösung der Vhrpersonen von den Gemeinden zur Folge. Ich gebe zu, daß die Alterszulagen der Grundbesitzer des Entwurfs sind, aber sie sind auch zugleich der Grundbesitzer. (Beifall.) Wenn die Bestimmungen über die Alterszulagen aus dem Gesetz entfernt werden, so bin ich bereit, ihm zuzustimmen, sonst nicht. Lassen Sie uns die Freude an unseren Volksschulen.

Abg. v. Bieten-Schwerin: Der Gesetzentwurf entspricht nicht dem allgemeinen Verlangen, das auf ein allgemeines Volksschulgesetz gerichtet ist. Mit dem Fiskalwerk muß endlich einmal aufgehört werden. Der jetzt herrschenden Willkür wird auch durch diese Vorlage kein Ende gemacht, in manchen Bezirken haben die Gemeinden alle Lasten, in anderen gar keine zu tragen. Das Minimalgehalt von 900 M. für Lehrer im Alter von 24 Jahren halte ich für zu hoch. Wo haben wir sonst Beamte, die in diesem Alter ein solches Gehalt beziehen? Schließlich fällt es diesen jungen Leuten ein, sich zu verheirathen und sie verlangen dann auch noch eine größere Dienstwohnung. Die Städte haben keinen Grund, sich zu beschweren; bisher wurden sie weit besser behandelt als das Land; sie bekommen außerdem Millionen für Museen und dergleichen Institute, die dem platten Lande nicht zu Gute kommen. Es ist ja bedauerlich, wenn den Städten etwas genommen wird, was sie jetzt haben, aber ein Unrecht sehe ich darin nicht. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 15 Mitgliedern.

Oberbürgermeister Zelle-Berlin: Mit der Absicht, die Lage der Lehrer zu verbessern, werden wohl alle Mitglieder einverstanden sein. Aber diesem Gesetzentwurf kann ich meine Zustimmung nicht geben. Das ganze Gesetz kann ich nur als Nothgesetz bezeichnen. Die Forderung zwischen den Lehrern und den Trägern der Schullasten wird durch das Gesetz noch mehr vergrößert. Die größten Bedenken habe ich gegen § 27, durch welchen die großen Städte erheblich belastet werden. Es ist durchaus falsch, daß den Städten bisher irgend welche Vortheile gewährt sind, jetzt aber soll ihnen das, was sie bisher gehabt haben, auch noch entzogen werden. Die Stadt Berlin, die bisher 900 000 Mark bekommen hat, soll jetzt nur noch 12 000 M. erhalten. Das Gefühl, Unrecht zu erleiden, wird in den Städten immer mehr erwachen. Man sagt, daß die großen Städte durch Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer entschädigt sind. Das ist nicht richtig; so hat z. B. Berlin an Grund- und Gebäudesteuern im letzten Jahre 14 Millionen bekommen, während sich die Mehrbelastung durch die Steuerreform auf 18 Mill. Mark stellt. Nehmt die Stadt Berlin, die in anderen Städten ist. Erwinnern Sie sich der Worte eines Sozialdemokraten: „Die Sozialdemokratie lebt nur von Euren Fehlern!“ Auch mit diesem Gesetzentwurf würden wir einen schweren Fehler begehen; wir schaffen dadurch

vielleicht hundert Zuckelbenede, aber auf der anderen Seite tausend Unzufriedene. (Beifall.)

Kultusminister Dr. Hoffe: Es ist kein Zweifel, daß das Gesetz die drückendste Noth der Lehrer befeitigen wird. Daß es einem dringenden Bedürfnis entspricht, können Sie daraus erkennen, daß sich alle Lehrer in Lehrvereinigungen und Versammlungen dafür ausgesprochen haben. Die Ueberzeugung des Oberbürgermeisters Zwigert, daß wir unsere Schulen nicht aus Gemeindefürsorge in Staatschulen umwandeln dürfen, theile ich vollkommen, aber das soll und wird durch die Alterszulagen auch gar nicht geschehen. Wir wollen den Städten die Freude an ihren Schulen nicht nehmen, sondern sie erhöhen. (Widerpruch.) Ich habe das Vertrauen, daß die Städte auch ferner für ihre Schulen sorgen werden, selbst wenn ihnen diese verhältnismäßig kleine Fessel angelegt werden soll. Man muß doch bedenken, daß die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer in den Städten weit mehr zur Geltung kommt als auf dem Lande. Deshalb ist es ein Akt ausgezeichneter Gerechtigkeit zu Gunsten des übermäßig belasteten platten Landes, was wir hier verlangen. Diese Forderung kann ich vor Gott und den Menschen verantworten.

Abg. v. Kinkowström: Wir haben das dringende Verlangen, den Lehrern zu helfen, aber gegen dieses Gesetz müssen wir prinzipielle Bedenken geltend machen. Wir müssen an der Forderung eines Volksschulgesetzes auf konfessioneller und christlicher Grundlage festhalten, was die Regierung abhät, ein solches Gesetz einzubringen, wels ich nicht. Der vorliegende Gesetzentwurf wird mindestens zu den allergrößten Unzutraglichkeiten führen; nicht nur die Städte, sondern auch das Land werden dadurch erheblich belastet. Die Lehrer werden durch das Gesetz nicht befriedigt, die Schreiberlei wird vermehrt, und die Unzufriedenheit wird wachsen. Lehrerbefoldungsgesetz, Dotationsgesetz und allgemeines Schulgesetz gehören zusammen. Diesem Gesetz werden wir nicht zustimmen, ich glaube auch nicht, daß unsere prinzipiellen Bedenken in der Kommission verzwirrt werden werden.

Nach einigen Worten des Geheimrath Germer erklärt Prof. Dr. Reineke (Kiel): Mit der Tendenz des Gesetzes können wir wohl alle einverstanden sein. Unannehmbar ist das Gesetz für mich, wenn die Bestimmung in Bezug auf die Kürzung des Staatsauschusses an die Städte bestehen bleibt. Trotz der schwachen Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes hoffe ich doch, daß bei einigem guten Willen in der Kommission eine Verständigung möglich ist.

Oberbürgermeister Becker (Köln): Vor zwei Jahren wurde zur Entlastung der Gemeinden das Kommunalabgabengesetz eingeführt und jetzt ist die Regierung beabsichtigt, die Steuern wieder in die Höhe zu treiben. Wir können uns das Geld doch nicht aus den Rippen schneiden. (Beifall.) Das Gesetz ist durchaus bürokratisch. Das Aufsichtrecht hat unter dem jetzigen Ministerium einen solchen Grad erreicht, daß die Gemeinden eigentlich nur noch zu zahlen haben. Der Inbegriff der Bürokratie sind die Alterszulagen, und doch wird dadurch die gewünschte Gleichheit noch nicht erreicht. Diese Kassen sind eine Prämie auf schlechte Lehrerbefoldung und überfüllte Klassen. (Sehr richtig.) Der einzige Segen, den die Alterszulagen bringen sollen, besteht darin, daß Lehrer vom Lande in die Stadt verkehrt werden können. Aber je länger ein Lehrer auf dem Lande unterrichtet hat, desto weniger eignet er sich für die städtischen Schulen. Ich bitte Sie den Gesetzentwurf abzulehnen. Das Beste wäre es, die Regierung vergrößerte den Depositionsfonds und stellt zunächst noch weitere Erwägungen an. (Beifall.)

Minister Dr. Hoffe: Wenn Sie diese Vorlage ablehnen, so wird dadurch die Zeit zur Vorlage eines Volksschulgesetzes doch nicht günstiger. Sie hemmen nur, daß den Lehrern, die schon so lange auf Besserung warten, noch immer nicht geholfen wird. Ich bitte Sie, wenigstens den Antrag auf Ueberweisung an die Kommission anzunehmen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Zur Geschäftsordnung erklärt Oberbürgermeister Dr. Giese-Altona eine Kommissionsberatung für überflüssig, da von allen Seiten prinzipielle Bedenken erhoben sind. Redner schlägt vor, sofort in die Spezialdebatte einzutreten.

Oberbürgermeister Strunmann Hildesheim, Frhr. v. Dürant, Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg widersprechen diesem Vorschlage.

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt und sofort in die Spezialdebatte elagereten. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Debatte mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Die Schlusabstimmung über das Gesetz im Ganzen und die zweite Lesung werden auf Sonnabend 1 Uhr anberaumt. Schluß 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 30. April. [Das Herrenhaus auf dem Kriegspfade.] Das Ereignis des Tages ist die Ablehnung des Lehrerbefoldungsgesetzes durch eine starke Mehrheit des Herrenhauses. Schon nach den Fraktionsberatungen des gestrigen Abends durfte man auf diesen Ausgang vorbereitet sein. Die Fraktion Stahl und die Freie Vereinigung der Linken kamen in ihren Besprechungen alsbald gleicherweise zu der Ueberzeugung, daß die Vorlage nichts taue. Diese sehr vernünftige Ansicht braucht darum gewiß nicht zu mißfallen, weil sie zufällig auch von dem reaktionären Flügel des Herrenhauses getheilt wird, und weil sie sich hier, wie selbstverständlich, auf Gründe stützt, die natürlich nicht die unsrigen sein können. Für die Mehrheit des Herrenhauses ausschlaggebend war und ist, daß das platte Land noch nicht genügend bedacht worden sei, daß es wohl gar, wie ein kühner Redner behauptete, durch das Gesetz benachtheiligt werde. Ueber den gährenden Wassern der Erregung unter den Fürsten, Grafen und Herren unserer Ersten Kammer schwebt aber in alter Glorie die Sehnsucht nach einem konfessionellen Schulgesetz. Was liegt dem Herrenhause an einer Aufbesserung der Lehrerbefoldung? In dieser klassischen Stätte, wo einstmal der Reichsgraf Bühl erklärt hatte, er habe noch nie von einer verhungerten Lehrermittwe gehört, fragte heute ein Redner mit edler Entrüstung, wo es denn sonst noch vorkomme, daß ein Beamter mit fünfundsanzig Jahren schon ganze 900 M. beziehe. Wollte aber die Staatsregierung so frumblich sein, ein allgemeines Schulgesetz einzubringen, dann würde die konservative Gesellschaft im Herrenhause am Ende die Gnade haben, auch das Lehrerbefoldungsgesetz anzunehmen. Wir möchten wohl wissen, wels ein Lärm sich auf der ganzen Rechten erheben würde, wenn eine nicht konservative Mehrheit im Reichstage sich einfallen ließe, in solcher höchst praktischer Weise ein parlamentarisches Regierungssystem zu erzwingen.

Der Värm wär unausstehtlich. Herr Boffe wurde es be- greiflicher Weise etwas unbehaglich bei der Behandlung seines Schmerzenskinds, des Behrersbesoldungsgesetz's. Aber schließlich hielt er sich doch ganz wacker, und noch unter der zuschnürenden Faust der konservativen Dränger blieb er dabei, daß ein allgemeines Schulgesetz jetzt wirklich und wahrhaftig nicht eingebracht werden könne; die Gründe, die es nach der Meinung der Staatsregierung verbieten, seien nun einmal unverändert, und die heutige Debatte erscheine am wenigsten geeignet, die Regierung umzustimmen. Nun, man wird ja sehen, was am Sonnabend Herr Miquel fertigbringen kann. Die „Schlußabstimmung“ — das Herrenhaus hat nun einmal neben sonstigen Eigenthümlichkeiten auch die denkbar eigenthümlichste Geschäftsordnung — wurde die übermorgen vertagt, und hier ist es möglich, daß aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz wird. Sonderbar genug, daß Herr Miquel an der Verhandlung gar nicht theilnahm. Er mußte vorher wissen, wie heiß es im Herrenhause hergehen werde. Aber vielleicht erwitt er sich am Sonnabend als Retter aus Noth und Gefahr. Die Liberalen freilich unter der Führung der Oberstgemeister wird er nicht umstimmen können. Es geht den Städten an den Krügen, und zustimmen ließe politisch wie finanziellen Selbstmord begehen. Wurde aber ist der Gedanke, daß das Herrenhaus vielleicht gar eine Regierungskrise in die Wege leiten könnte.

### Aus dem Gerichtssaal.

\* Leipzig, 30. April. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Advokaten Hofrichter in Köln, welcher am 21. Dezember v. J. wegen Verletzung des Direktors der rheinischen Arbeitsschicht in Brauweiler, Schellmann, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Ferner wurde die Revision des Gerichtsrichters Oswald Herzog in Mettin verworfen, welcher am 18. März vom Schwurgericht zu Halle a. S. wegen Ermordung des Spalasskondanten Böttcher und wegen anderer Verbrechen zum Tode und zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

### Lothales.

#### Voien, 1. Mat.

n. Von einer Maifeier in hier nichts zu hören. Auf allen Bauten, in den Werkstätten und Fabriken wird ohne Störung weiter gearbeitet.

n. Verunglückt ist gestern auf dem Güterbahnhof ein Expeditionsarbeiter, der nach Verladung einiger Kollis die Schwerkraft eines Rohmanns wieder belebt sein wollte; hierbei riß die Laterholte die Kette, so daß derselbe zurückfiel und den Arbeiter zu Boden schlug.

### 4. Klasse 194. Königl. Preuss. Lotterie.

Stellung vom 30. April 1896. — 12. Tag Vormittag.  
Für die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

15 (800)	143 47 818 61 410 501 614 64 735 907 61	1 144 284
356 496	526 602 724 66 69 90 862	2 135 248 487 540 91 98 724
72 912	3 052 200 24 52 607 862 900 49 80	4 606 766 81 947
5 279 892	(3000) 476 629 724 36 77 80 (500)	84 808 6 219 64 626
52 65 807	67 932 7 404 501 690 886 (3000)	82 802 12 13 15 8 874
489	9 189 71 276 (800) 612 25 71 82 767 837 920 62 91	
10 119	278 887 (1500) 741 818 27 68 955	11 066 227 71 428
81 (800)	87 500 608 788 800 12 074 99 (1500)	122 841 497 511 828
981 58 83	13 055 (1500) 249 74 75 79 447 629 766 848 44 97	
14 177	578 666 810 950 15 024 882 659 787 44	16 008 (500) 288
380 464	541 60 775 800 17 048 148 95 208 50 62 602 50	18 055
59 92 227	(1500) 539 (800) 666 880 49 (800) 935	(1500) 91 19 248
800 76 79	488 (500) 801	
20 053	108 52 429 618 67 85 987 21 034 (300)	454 659 735 904
22 008	68 147 296 (800) 864 (300) 759	23 416 75 84 626 977 81
24 036	(800) 126 82 85 417 637 79 (500)	709 809 30 54 25 199 320
571 73	684 26 074 243 407 (300) 528 677 760 875	27 032 136 477
576 718	21 (500) 51 944 28 089 125 46 288 381	97 413 674 79 756
(1500)	803 (3000) 71 947 29 174 482 501 697 710 843	
30 115	78 286 337 403 57 592 706 74 (1500)	819 57 988 87
31 065	79 160 68 224 57 862 447 648 700 857	32 062 98 238 609
44 68	723 61 809 953 33 035 118 50 602 944	34 012 276 877 717
35 093	147 266 94 148 518 88 681 720 (500)	927 35 35 105 20 85
86 220	48 820 452 79 98 545 (3000) 77 (1500)	628 840 89 907 14 42
44 45 82	37 056 58 140 255 402 90 521 59 628 811	38 074 355
405	546 614 729 30 825 61 39 807 20 72 (1500)	843 961 (3000)
41 018	84 81 97 201 (800) 98 878 79 701 48 94 815 998	(3000)
42 258	59 399 416 (3000) 82 524 30 774 878 79 928	42 044 98 543
92 (500)	618 738 57 (300) 884 915 79 49	43 053 118 305 (3000) 516
718	44 538 (1500) 686 744 906	45 265 70 75 90 369 524 51 625
41 62	845 86 46 032 288 414 72 518 99 698 701 25 852 59 91	
47 167	343 458 66 511 50 83 99 650 82 768 835 920	48 064 165
211 15	45 77 327 58 408 26 682 730 804 922 (3000)	49 292 97 346
511	698 808 41 94 994	
50 208	86 452 95 676 781 918 74 51 061 77 548 984	52 213
18 19	87 572 95 719 894 53 256 875 581 (1500)	54 107 868 422
62 517	98 662 71 55 013 45 58 (300) 84 106 (500)	73 98 240 321
142 814	50 56 428 60 (500) 611 36 90 775 918 96	57 097 (1500)
198 292	872 486 543 (1500) 109 18 75 812 14 989	58 142 58 832
72 730	85 59 019 54 632 (300) 84 792 814 914 86 (300)	
60 018	201 59 518 41 719 876 986 61 009 127 461 554 941	
62 008	68 255 379 507 (300) 8 718 902 84 63 108 15 226 39 781	
99 (500)	838 50 76 64 073 136 864 524 98 651 787 (1500)	902 22
30	65 033 78 90 175 287 369 560 69 (3000)	680 827 32 66 063
(500) 855 506	88 667 872 978 83 88 67 010 65 198 208 493 564 617	
68 075	342 86 480 85 563 788 823 90 (3000) 962	69 162 (300) 236
(800)	378 458 789 815 96 922	
70 093	128 (3000) 36 85 526 70 621 733	71 122 296 391 92
423 771	75 87 909 50 72 019 283 439 669 848 71 912 56 69	
73 025	39 310 97 815 424 43 79 712 92 897 951 74 158 801 (1500)	
453 554	61 89 741 42 86 818 61 83 905 75 117 68 457 589 76 102	
(300) 510	40 664 834 908 77 232 99 447 510 714 47 78 865 70 448	
622 800	(300) 57 29 117 884 54 599 718	
80 026	148 456 680 86 748 956 81 047 51 74 219 875 400 540	
768 849	945 82 034 62 69 113 70 394 470 848 924 (800) 27 69	
83 105	26 235 383 560 816 61 84 034 45 801 45 51 440 651 838	
85 120	660 712 814 86 080 111 423 574 784 858 87 050 444 553	
956 91	88 094 115 512 66 980 (500) 89 178 222 415 556 677	
966 (300)		
90 050	185 843 54 457 604 98 639 798 (1500) 940	91 080 (3000)
101 72	3 480 553 68 656 68 753 77 856 92 072 98 (500)	134 398
423 (800)	78 564 83 862 (3000) 84 936 73 93 078 122 271 302 486	
588 755	61 827 917 94 102 81 812 18 21 99 408 712 22 894 95 136	
(500) 54 (500)	277 624 778 90 96 020 44 53 134 53 283 (1500)	405
(300) 956	97 000 45 46 85 143 91 278 508 687 (1500) 744 74 907 45	
98 082	416 740 83 954 (5000) 99 269 74 325 497 613 93 871 74	
100 197	849 474 580 601 61 72 801 34 99 908 101 042 112	
(1500) 208 350	(3000) 54 91 (1500) 596 618 21 99 704 28 46 802 28	
(1600) 93 954	102 010 846 492 584 780 805 36 956 103 241 (600)	
389 66	463 (500) 70 (300) 85 (3000) 104 028 385 731 813 17 (500)	
953	103 033 69 118 234 435 86 674 806 23 (500) 965 106 096	
(500) 163	870 685 816 918 67 107 118 258 402 56 (8000) 72 546	
59 693	711 (500) 75 827 57 (1500) 108 103 66 205 441 47 70 691	
(1500) 735	891 912 90 109 087 118 261 85 304 20 417 22 94 556	
794 880	902 86 (500)	
110 055	400 528 96 877 918 (1500) 71 (500) 82	111 087 142
53 63 81	271 337 405 504 52 612 726 39 48 856 978	112 055 80

waren noch einige Frachtkübel der Wagenladung herab und auf den Verunglückten gefallen, so daß dieser anscheinend erhebliche innere Verletzungen davon trug und in das städtische Krankenhaus geschafft werden mußte.

\* Personalnotiz. Der Regierungsrath Jffland in Posen ist zum Landrath ernannt worden.

### Aus der Provinz Posen.

o Sauer, 30. April. [Von der evangelischen Kirchengemeinde.] Der Predigtamtscandidat Tische hier selbst (Schweid) mit dem 1. Mal aus der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde, deren Liebe und Achtung er sich erworben hat, und wird bis zu seiner demnächst stattfindenden Ordination bei seinem Vater, dem Superintendenten in Boret, ausblüßweise thätig sein. An seiner Stelle ist dem Superintendenten Repländer hier selbst vom Konfistorium der Predigtamtscandidat Gustav Worm aus Ballkott in Braunschweig als Hilfsprediger beigegeben worden.

o Biffa i. P., 30. April. [Todesfall.] Am 28. d. M. starb einer unserer angelegentlichsten Mitbürger, der Brauereibesitzer Andersch. Der Verstorbenen hat vom Jahre 1863 an bis zum vorigen Jahre das Amt eines Presbyteriums-Mitgliedes der hiesigen reformirten Kirche bekleidet; Jahre hindurch hat er auch das Amt eines Kirchenschaffners nebenamtlich verwaltet, bis er im vorigen Jahre in Folge andauernder Krankheit aus dem öffentlichen Leben zurück trat.

### Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Dirichas, 30. April. [Kor d.] Heute Nacht wurde der Gutsbesitzer Robert Dähne in Vanauerwiesen und ein dort beschütziger Zimmermann Patzow aus Dirschau erschlagen und Frau Dähne sowie ihr Dienstmädchen verletzt. Der muthmaßliche Mörder, ein Knecht, welcher nach vollbrachter That das Haus in Brand versuchte, ist flüchtig.

### Telegraphische Nachrichten.

#### Der Bulgarenfürst in Berlin.

Berlin, 30. April. Der Fürst von Bulgarien, welchem im Auftrage des Kaisers der Oberstleutnant Graf v. Kanitz vom II. Garderegiment entgegengefahren war, traf um 4 1/2 Uhr hier ein und wurde am Bahnhof vom kommandirenden General des Garderegiments, von Winterfeld, dem Kommandanten Berlins, von Nagler, dem Polizeipräsidenten, dem Oberstleutnant von Windheim, dem Kammerherrn von Pfiffenthal, der türkischen Botschaft und der bulgarischen Kolonie empfangen. Die Vorstellung der Erschienenen erfolgte durch den Oberstleutnant Graf von Kanitz, wozuf der Fürst sein Gefolge vorstellte. Dann hielt der Führer der Bulgarenkolonie eine kurze Begrüßungsansprache, die der Fürst, jedem Einzelnen die Hand reichend, erwiderte. Der Fürst bestieg mit dem

Oberstleutnant v. Kanitz eine zweispännige Gafatsche, in welcher er ins Schloß fuhr, wo er die Petits-Appartements bezog. In mehreren Hofwagen folgte die Begleitung des Fürsten.

Wildpark-Station, 30. April. Fürst Ferdinand von Bulgarien traf um 7 Uhr 45 Minuten hier ein, wurde auf dem Bahnhofe von dem Polizeipräsidenten von Potsdam, von Balan, empfangen und begab sich alsbald nach dem Neuen Palais. Hier wurde der Fürst zuerst von dem Kaiser empfangen, alsdann begrüßte er die Kaiserin. Bei der Tafel saß der Kaiser der Kaiserin gegenüber, die zur Rechten den Fürsten Ferdinand, zur Linken den Prinzen Ferdinand von Rumänien hatte. Während der Tafel trank der Kaiser dem Fürsten Ferdinand zu. Die Musik stellte das 1. Garde-Regiment zu Fuß.

München, 1. Mat. Geh. Justizrath Professor Dr. Friedrich Heinrich Gesslen ist heute Nacht in seiner Wohnung, in der Seckstraße 3, infolge eines Zimmerbrandes, welcher durch Explosion einer Petroleumlampe hervorgerufen worden war, erstickt.

Friedrich Heinrich Gesslen war am 9. Dezember 1830 in Hamburg geboren, bezog 1850 die Universität Bonn, wo er Geschichte, darauf Göttingen, wo er Jura studierte. 1854 ward er zum Legationssekretär bei der Gesandtschaft der Freien Städte in Paris ernannt, 1856 zum hamburgischen Geschäftsträger in Berlin und 1859 zum norddeutschen Ministerresidenten daselbst. Nach der Stiftung des Norddeutschen Bundes ward G. in gleicher Eigenschaft nach London versetzt, lehrte aber Mitte 1868 nach Hamburg zurück, wo er von da ab bis 1872 als Syndikus dem Senat angehörte. 1872 ward er als Professor des Völkerrechts und der Staatswissenschaften an die Universität Straßburg berufen, 1881 trat er in den Ruhestand, wurde zum Geh. Justizrath ernannt und siedelte nach Hamburg über. Gesslen, der der strengkonservativen und orthodoxen Partei angehörte, war ein entschiedener Gegner Bismarcks; andererseits gehörte er zu den vertrauten Freunden des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (Kaiser Friedrich III.), für den er im Verein mit F. von Roggenbach und A. v. Stosch bereits 1885 den „Erlaß an den Reichskanzler“ entworfen hatte, den dieser nach seiner Thronbesteigung am 12. März 1888 an Bismarck richtete. Nach dem Tode des Kaisers Friedrich III. zog sich G. durch Verzichtnahme eines von diesem während des deutsch-französischen Krieges geführten, ihm 1873 vertraulich mitgetheilten Tagebuchs die Einstellung eines durch einen Inameliarbericht Bismarcks an den Kaiser veranlaßten Strafverfahrens beim Reichsgericht wegen Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen, event. wegen Verfälschung von Staatsurkunden zu. Dasselbe hatte jedoch keine weiteren Folgen, da das Reichsgericht mittelst Beschluß vom 4. Januar 1889 mangels genügender Gründe für Annahme einer strafbaren Abicht den Angeklagten außer Verfolgung setzte.

Galle a. S., 30. April. Bei dem hiesigen allgemeinen Konsumvereine sind große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden, 31 000 M. Kassendefizit und falsche Dividendenzahlungen sind bereits festgestellt.

Chemnitz, 30. April. Hier hat sich ein Verband der Arbeitgeber der gesamten Textilbranche und zwar der angesehensten Firmen der Weberei, Wollerei, Spinnerei und Färberei mit einem großen Kapitalfonds zu dem Zweck gebildet, um etwaigen Arbeitseinstellungen, mit denen die Textil-Industrie unaufhörlich bedroht wird, sofort wirksam entgegenzutreten zu können.

Brüffel, 30. April. In einem Bergwerke zu Elphy in der Provinz fand eine Explosion schlagender Wetter statt, durch welche fünf Personen getödtet und eine verwundet wurde.

London, 30. April. [Unterhaus.] Nach einer viertägigen Debatte wurde Fowlers Zusatzantrag zur Vorlage betreffend die Erleichterung der lokalen Abgaben des Landwirthschaftsgewerbeten Bodens mit 325 gegen 160 Stimmen verworfen. Im Laufe der Debatte erklärte Chaplin, die Regierung sei bereit, die Dauer des Gesetzes auf 5 Jahre zu beschränken. Die zweite Lesung der Bill wurde mit 333 gegen 156 Stimmen angenommen.

Konstantinopel, 30. April. Die türkischen Truppen, welche das im Kloster Preveli sich aufhaltende Komitee der Aufständischen aufheben wollten, wurden zurückgeschlagen. Das Komitee flüchtete sodann aus dem Kloster und wird verfolgt.

### Das Kabinet Meline vor der Kammer.

Paris, 30. April. Die Deputirtenkammer war stark besucht, die Tribünen waren überfüllt. Der wesentlichste Inhalt der von dem Konseilspräsidenten Meline vorlesenen ministeriellen Erklärung ist bereits mitgetheilt. Meline führte u. A. aus: „Indem wir dem Ruhe des Präsidenten der Republik Folge leisteten, haben wir uns nicht die Schwere unserer Aufgabe verbeißt. Aber es giebt Zeiten, in denen ihr Vaterland lebende Männer nicht das Recht haben, sich der mit der Uebernahme der öffentlichen Gewalten verbundenen Verantwortlichkeit zu entziehen. Die Klarheit unserer Erklärungen wird Ihnen vom ersten Tage ermöglichen, zu wissen, was wir wollen und wofür wir geben. Wir werden zuerst das Werk der Veruhigung verfolgen, indem wir uns bemühen, die Eintracht wieder herzustellen, die von den öffentlichen Gewalten untrennbar ist. Die Deputirtenkammer, welche aus dem direkten Allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist, hat das Uebergewicht bei der allgemeinen Leitung der Politik. Aber wenn sie auch aus ihrem Ursprung und aus der Verfassung unbestreitbare Rechte herleitet, so ist es doch unmöglich, ohne Rathilfe des Senats Gesetze zu geben und zu rezipieren. Es ist dies eine feststehende Thatsache, die jede theoretischen Erörterungen unnöthig macht. Der gegenseitige gute Wille hat bisher genügt, um alle Schwierigkeiten zu lösen. An diesen appelliren wir wiederum. Wir bezweifeln nicht daran, die Spuren der jüngsten Konflikte anzukämpfen, wenn Sie die Güte haben wollen, uns auf das Aktionsgebiet zu folgen, auf welches wir uns zu stellen gedenken. Die Kammer enthält, wie wir überzeugt sind, eine Mehrheit, die fest entschlossen ist, solche Fragen der Seite zu schieben, die sie trennen, um sich endlich einem System von demokratischen Reformen zu widmen, die seit langer Zeit und unverzüglich durchzuführen sind. Dasselbe wird Gesetzentwürfe zur Erledigung bringen, die die Arbeiter interessieren.“ Meline verspricht dann die Durchführung der Reformen der Getränkesteuer und Erbschaftsteuer, ferner eine bessere Vertheilung der Lasten zu, um die kleinen Steuerträger zu entlasten und bekennet sich zu einer Politik der Sparsamkeit, die das Land gebeterisch verlange. Es soll nichts gespart werden, um der Landwirthschaft zu helfen, die eine offizielle Vertretung erhalten soll. Meline sagte hier: „Wir werden gar nicht genug zu thun wissen für die tapferen Bauern, welche nichts entmuthigt, welche mit wahren Heldenthum gegen alle Krisen, welche auf sie einwirken, kämpfen und

